

Ab Herbst wird das neue Logo vergeben – die Verwendungskriterien sind strenger als beim Öko-Landbau

# Signum gegen Gentechnik

Die Mehrheit der Verbraucher will keine genmanipulierten Substanzen in Lebensmitteln. Um Orientierung beim Einkauf zu bieten, hat Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) ein neues, bundesweit einheitliches Logo „Ohne Gentechnik“ präsentiert. Allerdings sollen Verstöße gegen die Verwendung kaum sanktioniert werden.

Viel Lob gab es für Aigners neues Logo, das ohne Gentechnik hergestellte Lebensmittel kennzeichnen soll. Eine Vielzahl von Strafprozessen führt währenddessen die Justiz im unterfränkischen Kitzingen gegen Anti-Gentechnik-Aktivistinnen. Ihnen wird vorgeworfen, im Juni 2008 ein Feld zerstört zu haben, auf dem die gentechnisch veränderte Maissorte MON 810 des Saatgutkonzerns Monsanto wuchs. Vor Kurzem wurden die zwei „Feldbrecher“ vom Amtsgericht wegen gemeinschaftlich begangener Sachbeschädigung zu Geldstrafen verurteilt.

Die Angeklagten konnten bei der Aktion nicht ahnen, dass ihre Forderungen zehn Monate später zumindest teilweise erfüllt werden sollten: Das von Aigner geleitete Bundeslandwirtschaftsministerium zog im April 2009 die Erlaubnis für den Anbau von MON 810 auf unbegrenzte Zeit zurück. Seither geben sich Ministerpräsident Horst Seehofer und Umweltminister Markus Söder alle Mühe, ihre CSU nicht nur grundsätzlich auf mehr Ökologie, sondern im Besonderen auf einen Gentechnik-Verzicht in der Landwirtschaft einzuschwören, um beim Wahlvolk nachhaltig zu punkten. Von der Gen-Forschung will der Ministerpräsident nicht lassen, „aber im Labor und unter Glas“. Aufgrund nicht ausgereimter Bedenken in der landwirtschaftlichen Anwendung sage die Staatsregierung „eindeutig Nein zur kommerziellen Nutzung in Bayern“.

Umweltminister Markus Söder verwies auf eine mögliche Hintertür: Es bleibe das Problem, dass die EU die rechtlichen Rahmenbedingungen vorgebe. Deshalb dränge die Staatsregierung darauf, dass Bayern das Recht haben müsse, selbst zu entscheiden, was auf den Feldern im Freistaat angebaut werde. Das klingt mal wieder nach dem alten CSU-Lamento: Die Bayern täten ja schon gerne machtvoll wollen, aber die Bösen in Brüssel schießen ständig dagegen. Ist halt mal wieder alles sehr kompliziert im europäischen Politikgeschäft.

Dabei ist, andererseits, ja auch alles wieder ganz einfach, zumal in

solche Lebensmittel kenntlich macht, in denen nicht einmal Spuren von Gentechnik enthalten sein dürfen – das gilt auch für die eingesetzten Futtermittel. Die neue Kennzeichnung sei „noch etwas schärfer als beim Öko-Landbau“, hieß es aus dem Bundesagrarministerium. Diese Aussage

zenten wachsen“, glaubt Wehde, und nun sei der Handel am Zug, der diese Produkte ins Sortiment aufnehmen müsse.

Die Umweltorganisation Greenpeace hat auf ihren Internetseiten die Suche nach gentechnikfreien Produkten leicht gemacht – nicht wenige Marken stammen aus Bayern, etwa Andechser, Hipp Bio, Rapunzel, Chiemgauer Naturfleisch und Rodinger Frischeit Bio. Aber auch die gentechnischen „Firmenflops“ sind aufgelistet. Zu den Unternehmen, die ein naturnahes Image pflegen, in Wahrheit aber laut Greenpeace die Verfütterung von „Gen-Soja“ zulassen, gehören die namhaften bayerischen Milchverarbeiter Weihenstephan, Müller, Zott, Bärenmarke, Allgäuland und deren Premiummarke „Bergbauern“.

Diese Liste ist derzeit hilfreich, weil ein erst noch zu gründender Verein der Lebensmittelindustrie künftig das von der Bundeslandwirtschaftsministerin präsentierte neue Genfrei-Signum vergeben soll. Für die Kontrolle sind die Bundesländer zuständig. Verstöße werden jedoch billigst geahndet: Es droht keine Strafe, sondern nur der Entzug der Logoverwendung. Die ersten Produkte mit dem grünen „Ohne Gentechnik“-Quadrat werden voraussichtlich im Herbst 2009 in den Handel kommen.

Dann wird das kleine Amtsgeschäft in Kitzingen nach Lage der Dinge noch mit Prozessen gegen Gen-Mais-Vermischer beschäftigt sein: Weitere 21 Aktivisten müssen sich verantworten. Mit gentechnik verändertem Mais hat es in Bayern übrigens seit der Nacht zum 28. Juni 2009 ein Ende: Da wurde auf einem Feld in Düllstadt nahe Kitzingen eine Monsanto-Kreuzungsversuchsreihe von Unbekannten platziert.

In Bayern mal in diesem Jahr die Gesamtfläche, auf der gentechnisch veränderte Pflanzen wuchsen, nach Angaben des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit lediglich 6816 Quadratmeter. Davon blieb nach Zerstörungen und drei zurückgezogenen Ackerflächen nur noch ein kleines Feld übrig: Im nordschwäbischen Balgheim, südlich von Nördlingen, baute die BASF Plant Science GmbH pilzresistente und stoffwechselveränderte Kartoffeln an. Nach deren Ernte ist Bayern, soweit man das anhand staatlicher Register überblicken kann, schon mal im Anbau gentechnikfrei – zumindest derzeit. > ROLF THYM



Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU).

FOTO DDP

Bayern: Sepp Normalverbraucher will einfach nur wissen, ob irgendwas Gentechnik drin ist in der Milch und dem immer beliebter werdenden Milchersatz Soja, in Käse, Fleisch und Eiern. Der Bund Naturschutz verweist darauf, dass 50 Prozent des in Deutschland zur Tierfütterung eingesetzten Soja-schrotts von gentechnisch veränderten, importierten Sojabohnen stammen. Wer also sichergehen will, Lebensmittel absolut ohne Gentechnik zu kaufen, soll sich nun auf das neue Logo des Bundeslandwirtschaftsministeriums verlassen können: Zwar können in Deutschland Lebensmittel schon seit gut einem Jahr als gentechnikfrei gekennzeichnet werden – allerdings gab es dafür kein einheitliches und vor allem wirklich seriös wirkendes Signet.

Die 20 Unternehmen, die bislang ihre Waren als frei von Gentechnik deklarierten, mussten eigene Logos erfinden. Das nun vorgestellte Markenzeichen – eine dreiblättrige Pflanze mit dem Schriftzug „Ohne Gentechnik“ auf einem hochkant gestellten grünen Quadrat – erleichtert es den Verbrauchern in der Tat, gezielt gentechnikfreie Produkte einzukaufen.

Besonders wichtig ist, dass das Logo über EU-Anforderungen hinausgeht und erstmals einheitlich

hat beispielsweise den Bioland-Verband schwer irritiert, der – wie weitere Öko-Landbauorganisationen auch – von seinen Mitgliedern einen strikten Verzicht auf jegliche Gentechnik fordert und die Einhaltung der Vorgaben auch streng kontrolliert.

## Profilierung auf Kosten der Landbauorganisationen?

Gerald Wehde, agrarpolitischer Sprecher bei Bioland, zeigt sich darüber verwundert, dass seinem Verband unterstellt werde, er habe „schwächere Kriterien“ als jene, die für das grüne Bundes-Logo gelten. Er sei „schon verärgert“, sagt er, „dass man sich auf Kosten der Bios profiliert“. Dabei begrüße Bioland das „Ohne Gentechnik“-Logo ja durchaus, weil „alle, die keine Gentechnik einsetzen, Verbündete von uns sind“. Widerstände gebe es noch genügend: Etwa von „großen Teilen der Futtermittelindustrie“, die Interesse an billigen Sojaimporten habe. Dabei gebe es am Markt ausreichend Futtermittel ohne gentechnische Behandlung. Mit der einheitlichen Kennzeichnung absolut gentechnikfreier Produkte werde „der Druck auf die Lebensmittelprodu-

## ZEHN FRAGEN AN...

Franz-Xaver Kirschner, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion



Eine so bodenständige Biografie bringt man eher nicht mit der FDP in Verbindung: Franz Xaver Kirschner, 55, Sohn einer niederbayerischen Bauernfamilie, erlernte das Metzgerhandwerk, bevor er Jura studierte. In seiner Staatsrecht-Holding beschäftigt der Vater von vier Töchtern 200 Mitarbeiter.

- 1 Welche kleinen Dinge des Alltags können Sie glücklich machen?  
Spielen mit meinen drei und sechs Jahre alten Kindern.
- 2 Wie motivieren Sie sich, wenn mal alles schief läuft?  
Ich richte den Blick nach vorne und suche mir eine neue Aufgabe.
- 3 Welche menschliche Eigenschaft fordert Ihnen am meisten Respekt ab?  
Wenn Menschen Fehler offen und ehrlich eingestehen.
- 4 Gibt es für Sie noch einen großen unerfüllten Lebenswunsch? Welchen?  
Ich hätte gerne mehr Zeit für meine Familie.
- 5 Wie entspannen Sie sich nach einem langen Arbeitstag?  
Ich spiele mit meinen Kindern und lese ihnen vor. Später rede ich bei einem Zigarillo und einem Glas Rotwein mit meiner Frau.
- 6 Ihre Lieblingslektüre?  
Der Lebensmeister von Seneca und die Werke von Hermann Hesse und Paulo Coelho.
- 7 Welchen Luxus gönnen Sie sich hin und wieder?  
Ich fahre mit meiner Harley Davidson in die Berge und wandere in den Dolomiten/Rosengarten.
- 8 Wie stellen Sie sich einen perfekten Urlaub vor?  
Wenn ich im Urlaub nur Zeit für meine Familie und für mich habe und nichts vom Geschäft und der Politik höre.
- 9 Was würden Sie einem jungen Menschen gern mit auf den Weg geben?  
Denke das Unmögliche, um das Mögliche zu erreichen. Sei offen und ehrlich und handle nachhaltig.
- 10 Welche Persönlichkeit aus Ihrem Umfeld hat Sie am meisten beeindruckt?  
Am meisten haben mich meine Eltern beeindruckt, da sie sich nach dem Krieg aus dem Nichts eine Existenz aufgebaut und trotz aller Schwierigkeiten immer gelacht haben.

## Gleichstellung der Homoee lässt auf sich warten

# Familie unterm Regenbogen

Warum die bayerische Staatsregierung ihre Klage gegen die so genannte Steinkind-Adoption zurückgezogen hat, bleibt spekulativ. Ein Zugeständnis an den Koalitionspartner FDP? Die Erkenntnis, dass Familienmodelle jenseits der klassischen Ehe existieren? Jedenfalls hat der Freistaat nichts mehr dagegen, dass Schwule und Lesben die Kinder ihrer Partner aus früheren heterosexuellen Beziehungen annehmen.

Bei aller Freude, die die Nachricht bei den schwul-lesbischen Organisationen auslöst hat, das Ende der Fahnenstange ist aus ihrer Sicht noch nicht erreicht: Insbesondere die Worte der bayerischen Justizministerin Beate Merk (CSU) haben beispielsweise den Zusammenschluss Lesben und Schwule in der Union (LSU)

verärgert. Merk lehnt ein volles Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartner ab. „Frau Merk sollte wissen, dass die Unionsparteien die Familie als eine Verbindung definieren, in der Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Das schließt auch die Regenbogenfamilien ein“, sagt LSU-Vorsitzender Reinhard Thole.

Indes hapert es mit der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften noch in einigen weiteren Bereichen: im Einkommens- und Grunderwerbssteuerrecht. Unter anderem in Bayern werden homosexuelle Beamte in Lebenspartnerschaften laut dem SPD-Landtagsabgeordneten Markus Rinderspacher diskriminiert: So profitierten Partner nicht von der Hinterbliebenenversorgung. > AKI

## FRAGE DER WOCHE Soll die Meldepflicht von Ärzten bei jugendlichen Trinkern verschärft werden?



Von Christine Haderthauer (CSU), bayerische Sozialministerin

JA

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden, hat dramatisch zugenommen. Das Kampfrinken immer jünger werdender Opfer mit harten Alkoholikaholika hat nichts mehr mit dem „eins über den Durst trinken“ früherer Zeiten zu tun. Dies ist eine neue Dimension. Hier sind wir als Gesellschaft gefordert, zum Schutz der jungen Menschen zu handeln, wenn offenbar wird, dass die Eltern ihre Verantwortung nicht nachkommen. Ärzte berichten mir, dass Eltern vorwurfsvoll reagieren, sobald sie auf ihre Fürsorgepflicht angesprochen werden und dass keinerlei Problembewusstsein für die gravierenden gesundheitlichen Schäden, die der Alkoholmissbrauch anrichtet, vorhanden ist. Wir haben hier ineinandergreifende Verantwortlichkeiten. In solchen Fällen darf es die Gesellschaft nicht sehenden Auges hinnehmen, dass jun-

ge Menschen „abgleiten“. Hier brauchen wir eine klare Verpflichtung der Ärzte, das Jugendamt einzuschalten, wenn ansonsten alle Stricke reißen! Zwar hat grundsätzlich Prävention Vorrang, ihr Erfolg beruht aber auf Einsicht und Freiwilligkeit. Wenn Präventionsangebote, wie das Projekt „HaLT“ des Gesundheitsministeriums, abgelehnt werden und wenn, sogar nach mehreren Alkoholkonsums ihres Kindes, Eltern die Unterstützung beharrlich ablehnen, muss eine Benachrichtigung ans Jugendamt erfolgen.

Artikel 14 Absatz 6 des Bayerischen Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes verpflichtet heute bereits die Ärzte, das Jugendamt einzuschalten, wenn sie gewichtige Anhaltspunkte für eine Vernachlässigung feststellen. Hierunter muss auch die Vernachlässigung der elterlichen Verantwortung bei exzessivem Alkoholkonsum ihrer Kinder fallen!

Ich werde der Praxis deshalb konkrete Hilfestellungen an die Hand geben, um auch für diese Fälle die Verantwortlichkeiten der Ärzte klarzustellen. Zur Konkretisierung dieser Meldepflicht erarbeiten wir derzeit mit dem Gesundheitsministerium eine Formulierung für Empfehlungen an die Ärzteschaft.



Von Theresa Schopper, MdL, Landesvorsitzende der Grünen

NEIN

Die Zahl von über 4000 Jugendlichen, die in Bayern wegen einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden, ist besorgniserregend – Tendenz leider steigend. Trotzdem ist eine Meldepflicht beim Jugendamt eine Schnapsidee.

Wer wirklich glaubt, dass Repression das Mittel der Wahl im Kampf gegen Jugendalkoholismus ist, geht an der Lebensrealität der Jugendlichen vorbei. Meine Befürchtung ist, dass Hilfsmaßnahmen verzögert werden oder im schlimmsten Fall die Jugendlichen eben nicht mehr den Notarzt rufen.

Gerade die Erfahrungen aus dem seit 2008 bestehenden HaLT-Projekt zeigen, dass Maßnahmen, die auf Vernunft und Einsicht setzen, erfolgversprechender sind als Repression. Beim so genannten HaLT Projekt (Hart am Limit) sind die Ärzte von der Schweigepflicht entbunden und zur Rücksprache mit dem Amt verpflichtet, wenn das

Kindeswohl in Gefahr ist. Dies ist eine eindeutige Reifeleistung, eine Zusammenarbeit zu gewährleisten, und trotzdem ist im Normalfall das Vertrauensverhältnis nicht belastet. Viel wichtiger ist jenseits einer medizinischen Versorgung, dass die betroffenen Jugendlichen wie auch die Eltern eine kompetente Beratung bekommen. Ist weitere Hilfe vonnöten, wird dies ebenfalls angeboten.

Darüber hinaus halte ich weitere Präventionsmaßnahmen für notwendig. Einen vernünftigen Umgang mit Alkohol zu erlernen, ist das eine. Die Kehrsseite: Sich sinnlos zu betrinken, am Wochenende zum Kampfrinken zusammenzukommen, vermeintlich als cool zu gelten, wer als erster unter dem Tisch liegt, dies gilt es unter den Jugendlichen, in Zusammenarbeit mit Eltern, Schulen und in der Politik zu bekämpfen.

Dies ist weit vernünftiger als eine Meldepflicht, die im schlimmsten Fall in unterlassener Hilfeleistung endet. Über 4000 Jugendliche im Krankenhaus, weil sie nicht mehr wissen, was Sache ist, sind zu viel. Trotz aller Schlagzeilen will ich mich aber dagegen verwahren, dass die Jugendlichen heutzutage als eine Generation der Saufbolde diffamiert werden.

## IMPRESSUM

BAYERISCHE STAATSZEITUNG UND BAYERISCHER STAATSANZEIGER mit der regelmäßigen Beilage „UNSER BAYERN“ Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München

**BAYERISCHE STAATSZEITUNG:** Redaktion: Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel.: 089/290142-0, Fax: 089/299562, www.bayerische-staatszeitung.de, redaktion@bayerische-staatszeitung.de

Geschäftsführung: Jan Peter Gühlk, Alfred Backs

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ erscheint wöchentlich einmal (freitags). Der Abonnementpreis beträgt jährlich Euro 81,00 einschließlich MwSt. Aufträge für den Bayerischen Staatsanzeiger sind ausschließlich an den Verlag zu richten. Für den Bayerischen Staatsanzeiger gelten im Übrigen die „Zusätzlichen Geschäftsbedingungen“, die beim Verlag bezogen werden können. Zutreffend gilt die Anzeigenpreisliste Nr.32 vom 1. Januar 2009. Druck: Druckhaus Dessauerstraße GmbH & Co. Betriebs KG, Dessauerstraße 10, 80992 München.

**Chefredakteur:** Ralph Schweinfurth (verantwortlich für den Inhalt, Wirtschaft). Redaktion: Waltraud Taschner-Kupka (Chefin von Dienst, Politik), Karin Dütsch (Kultur, Beilage „Unser Bayern“), Dr. Friedrich H. Hettler (Bau und Architektur), Tobias Lill (Politik) André Paul (Kommunales, Bayern forscht).

Mit eigener Verantwortung gekennzeichnete Seiten stellen die Meinung der jeweiligen Organisation. Auffassung der Redaktion entspricht. Anzeigen- und Vertriebsleiterin: Marion Birkenmaier (verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen der Bayerischen Staatszeitung). Tel.: 089/290142-65, Fax: 089/290142-70, anzeigen@bayerische-staatszeitung.de

**BAYERISCHER STAATSANZEIGER:** Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München, Tel.: 089/290142-60/62/66/67, Fax: 089/290142-73/74, anzeigen@bayerische-staatszeitung.de. Verantwortlich: Jan Peter Gühlk. Ansprechpartner für Veröffentlichungen: Brigitta Beckmann.

Vertrieb und Abonnement-Verwaltung Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger: Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München, Tel.: 089/290142-59 und -69, Fax: 089/290142-30, vertrieb@bayerische-staatszeitung.de

Verlag: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München, Tel.: 089/290142-50, verlagsleitung@bayerische-staatszeitung.de

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ wird herausgegeben von einer Verlagsgemeinschaft zwischen dem Münchener Zeitungs-Verlag und dem Süddeutschen Verlag auf Grund eines Vertrages mit dem Freistaat Bayern. Die Bayerische Staatszeitung soll das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Bayern widerspiegeln und die für Bayern einwirkenden Kräfte würdigen. Verlautbarungen der Bayerischen Staatsregierung werden in der Bayerischen Staatszeitung ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Beiträge des Ministerpräsidenten der weiteren Mitglieder der Staatsregierung, anderer führender Politiker sowie der leitenden Beamten in Staatsbehörden, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts erscheinen unter voller Angabe des Namens. Alle übrigen Veröffentlichungen werden von der Redaktion vertreten. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts Anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form verteilten Zeitung in Datenbanken ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.